KLEINBAUERN
VEREINIGUNG

Bern, 3. November 2026

Agrarpolitik 2030+: Der Bundesrat verkennt die echten Herausforderungen

Anstatt sich den echten Herausforderungen der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft zu stellen, verliert sich der Bundesrat mit der Agrarpolitik 2030+ in Nebenschauplätzen und liefert Lösungen für Probleme, die keine sind. Er verknüpft willkürlich die Grösse eines Betriebs mit seiner Zukunftsfähigkeit und schliesst kleinere Höfe von staatlicher Unterstützung aus. Die Kleinbauern-Vereinigung lehnt die vorliegende Agrarpolitik 2030+ ab.

Mit der Agrarpolitik 2030+ verpasst der Bundesrat die Chance, das Schweizer Ernährungssystem ganzheitlich und zukunftsfähig auszurichten. Der vom Parlament erteilte Auftrag, Agrarpolitik und Ernährungsstrategie kohärent vom Feld bis zum Teller weiterzuentwickeln, wird deutlich verfehlt. Produktion, Verarbeitung, Handel, Beschaffung und Konsum werden weiterhin zu wenig als zusammenhängendes System adressiert.

Zwei der aktuell grössten Herausforderungen der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft – die demografische Entwicklung und der Klimawandel – werden mit der Agrarpolitik 2030+ nicht angegangen. Stattdessen verliert sich der Bundesrat in Details und Nebenschauplätzen und liefert Lösungen für Probleme, die keine sind. Der Bundesrat treibt mit der zur Vernehmlassung unterbreiteten Agrarreform seine «Wachse-oder-Weiche-Strategie» auf die Spitze. Er verknüpft willkürlich die Betriebsgrösse mit der Zukunftsfähigkeit von Betrieben und schliesst kleinere Höfe von staatlicher Förderung und Unterstützung aus. So schafft der Bundesrat eine Ungleichbehandlung von etablierten, oft hochproduktiven Landwirtschaftsbetrieben basierend auf ihrer Grösse. Mit der Anpassung der Ausbildungsanforderungen eliminiert er zudem jegliche Durchlässigkeit des landwirtschaftlichen Bildungssystems und schränkt so den Zugang zur Landwirtschaft weiter ein.

Die Kleinbauern-Vereinigung fordert den Bundesrat auf, die Agrarpolitik 2030+ grundlegend nachzubessern, die echten Herausforderungen der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft ins Zentrum zu rücken und die Agrarreform dem parlamentarischen Auftrag folgend im Sinne eines ganzheitlichen Ernährungssystemansatzes kohärent weiterzuentwickeln. Sollten diese zwingend nötigen Korrekturen ausbleiben, prüft die Kleinbauern-Vereinigung ein Referendum.



«Mit der Agrarpolitik 2030+ verfehlt der Bundesrat die Zielsetzung, das Schweizer Ernährungssystem ganzheitlich und zukunftsfähig auszurichten deutlich. Statt sich den echten Herausforderungen der Land- und Ernährungswirtschaft zu stellen, treibt der Bundesrat das Hofsterben voran. Die Kleinbauern-Vereinigung fordert den Bundesrat auf, die Agrarpolitik 2030+ grundlegend nachzubessern.»

Kilian Baumann, Nationalrat und Präsident der Kleinbauern-Vereinigung

Kleinbauern-Vereinigung: Die Bäuerinnen- und Konsumenten-Organisation, engagiert für eine vielfältige, ökologische und soziale Landwirtschaft
Nordring 4/Postfach, 3001 Bern | +41 (0)31 312 64 00 | info@kleinbauern.ch | www.kleinbauern.ch | IBAN: CH27 0900 0000 4600 4641 0

Unsere Hauptforderungen

Demografische Entwicklung: Es braucht eine Strategie für den Generationenwechsel
In der Schweiz erreichen in den kommenden zehn Jahren 42 Prozent der Betriebsleitenden das Rentenalter und verlieren damit den Anspruch auf Direktzahlungen. Fehlt eine familieninterne Nachfolge – was bei etwa der Hälfte der Höfe der Fall ist – droht die Aufgabe produktiver Betriebe. Die Kleinbauern-Vereinigung fordert eine nationale Strategie für den Generationenwechsel, wie sie die Europäische Union bereits hat.

Klimawandel: Verbindliche Absenkpfade und konkrete Massnahmen definieren
Die Kleinbauern-Vereinigung begrüsst ausdrücklich, dass Richtwerte zur Reduktion der Treibhausgasemissionen für die Landwirtschaft im Gesetz verankert werden. Um die angestrebten Reduktionsziele zu erreichen, braucht es in der Agrarpolitik 2030+ jedoch auch verbindliche Absenkpfade, konkrete Massnahmen und Angaben dazu, in welchem Umfang diese zur Erreichung der festgelegten Etappenziele beitragen.

Direktzahlungen: Keine Diskriminierung aufgrund der Grösse
Wir lehnen es vehement ab, dass die Eintrittsschwelle für den Bezug von Direktzahlungen angehoben wird. Mit Direktzahlungen werden gemeinwirtschaftliche Leistungen zur Offenhaltung der Kulturlandschaft, zur Versorgungssicherheit, zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und für Tierwohl abgegolten. Landwirtschaftsbetriebe, die solche Leistungen erbringen, sollen dafür Direktzahlungen erhalten – unabhängig von ihrer Grösse.

Strukturverbesserungen: Auf Nachhaltigkeit statt auf Grösse ausrichten
Um von Strukturverbesserungen zu profitieren, ist eine Mindestanzahl an Standardarbeitskräften (SAK) erforderlich. Eine SAK entspricht (in der Theorie) einer Vollzeit-Arbeitskraft. Sie sagt also nichts über die Zukunftsfähigkeit eines Betriebes aus, sondern lediglich über das anfallende Arbeitsvolumen. Wir fordern, dass Projekte stattdessen sorgfältig hinsichtlich ihrer sozialen, ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit geprüft werden.

Ausbildungsanforderungen: Durchlässigkeit des Bildungssystems bewahren
Wir lehnen es ab, dass eine berufliche Grundbildung in einem nicht-landwirtschaftlichen Beruf, ergänzt mit einem Nebenerwerbskurs (NEK; auch Direktzahlungskurs) oder mit einer praktischen Tätigkeit auf einem Landwirtschaftsbetrieb während mindestens drei Jahren künftig nicht mehr zum Bezug von Direktzahlungen berechtigt. Dadurch wird die Durchlässigkeit – ein Kernelement des Schweizer Bildungssystems – komplett aufgehoben.

Kontakt

Kilian Baumann
Nationalrat & Präsident der Kleinbauern-Vereinigung
kilian.baumann@parl.ch
078 809 70 43

Carole Gauch
Co-Geschäftsleiterin der Kleinbauern-Vereinigung
c.gauch@kleinbauern.ch
031 312 64 00